

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Jens Spahn (CDU), Bundesgesundheitsminister, gab heute, 28.05.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Überforderte Ärzte, politische „Planwirtschaft“?**“.

Das „SWR Tagesgespräch“ führte Marion Theis.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 28.05.2019

Gesundheitsminister Spahn: Weniger Apparatedizin, mehr Patientengespräche

Baden-Baden: Bundesgesundheitsminister Spahn hat das neue Terminservicegesetz verteidigt, das Ärzte verpflichtet, mehr Sprechstunden anzubieten. Diejenigen Ärzte, die jetzt schon am Limit seien, beträfe das Gesetz gar nicht, sagte Spahn im SWR-Tagesgespräch. Das Ziel sei vielmehr, genau solche Ärzte zu entlasten. Er nehme allerdings den Hinweis der Ärzte ernst, „dass das ein Eingriff in ihre Praxis ist.“

Es müsse „an den richtigen Stellen“ künftig mehr Ärztinnen und Ärzte geben und mehr Anreize, sich dort niederzulassen, erklärte der CDU-Politiker. Außerdem sei es nötig, die Anreize, die derzeit im Gesundheitswesen bestünden, so zu überprüfen, dass keine unnötigen Behandlungen mehr vorgenommen würden und nicht mehr operiert werde als nötig. Gespräche mit den Patienten müssten eher gefördert werden, als die Apparatedizin.

Spahn hält es außerdem für notwendig, die Arbeitsverteilung innerhalb des Gesundheitssystems zu überdenken. So sei es sinnvoll, Ärzte durch Auslagerung von Aufgaben beispielsweise an operationstechnische Assistenten oder Apotheker zu entlasten, „ohne in den Kernbereich ärztlichen Tuns vorzudringen“. Grippeimpfungen in Apotheken beispielsweise gebe es auch in anderen Ländern. In Deutschland solle das in Modellregionen getestet werden.

Er wundere sich manchmal darüber, dass Ärzte sagten, es bräuhete Entlastung und Freiräume. Wenn er dann konkrete Vorschläge mache, werde oft dagegen argumentiert, sagte der Minister. „Das ist dann auch schwierig.“

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Theis: Seit zwei Wochen ist Ihr neues Terminservicegesetz in Kraft. Seitdem müssen Kassenärzte unter anderem mehr Sprechstunden anbieten. Verheizen Sie unsere Ärzte, Herr Spahn?

Spahn: Es geht ja um 25 Sprechstunden in der Woche. Vorher waren es 20, die vorgeschrieben waren. Und es geht im Kern ja darum, zuerst Mal für Patientinnen und Patienten, gesetzlich Versicherte, ein gutes Terminangebot zu haben. Aber klar nehme ich den Hinweis der Ärzte

wahr und ernst, dass das ein Eingriff in ihre Praxis ist. Jetzt muss man aber ehrlicherweise auch sagen, die Ärzte, die nachvollziehbarerweise sagen, dass sie am Limit sind, dass sie sehr viele Patienten sehen, dass oft ja auch die Kollegen in der Nähe fehlen, so dass um sieben oder acht Uhr abends noch jemand in der Praxis sitzt, die machen deutlich mehr als 25 Stunden. Die sind von diesem Gesetz so gesehen gar nicht betroffen.

Theis: Ja, das ist richtig. Dann nehmen wir mal die Kinderärzte oder die Hausärzte, die Patienten zu Hunderten durchschleusen, wie Sie gerade sagen. Glauben Sie aber nicht gerade, dass auch die sich mit Ihrem Gesetz auf den Arm genommen fühlen?

Spahn. Es geht ja darum, dass wir gerade für diejenigen auch zur Entlastung kommen, indem wir helfen durch Anreize, durch Möglichkeiten, medizinische Versorgungszentren zu haben, bessere Bezahlung zu haben, dass es mehr Kollegen gibt in der Region. Gerade da kommt es sehr zur Überlastung. Das erlebe ich auch bei mir daheim im Münsterland, wo man der einzige Hausarzt, der einzige Kinderarzt in der größeren Entfernung ist und wo dann eben viele Patienten da sind, die man/frau auch schlecht zu einem anderen Arzt schicken kann. Und hier mitzuhelfen, dass sich mehr niederlassen, dass es mehr Anreize dafür gibt, ist ja auch Bestandteil dieses Gesetzes.

Theis: Aber das Problem ist ja, dass es keine kassenärztlichen Zulassungen für diejenigen gibt. Wie wollen Sie das ändern?

Spahn: Erstens gibt es mittlerweile eine ganze Reihe von Zulassungen schon heute, über 3.000 in Deutschland. Zweitens, das ist auch ein wichtiger Punkt, wurde gerade diese sogenannte Bedarfsplanung, also da wird ja geschaut, bezogen auf die Bevölkerung, auf die Krankheitsstruktur, die Altersstruktur der Bevölkerung in einem Landkreis zum Beispiel, in einer Region, wie viele Kinderärzte, Hausärzte, Fachärzte sind nötig. Das wird zur Jahresmitte noch einmal überarbeitet, in Kraft treten, und dadurch haben wir weit über 6.000 Arztstühle in Deutschland, die dann frei sind, wie es heißt, die neu besetzt werden können. Auch das soll ja der Entlastung gerade von den Ärzten dienen, die im Moment eben sehr, sehr viel machen.

Theis: Sie wollen die Ärzte unter anderem ja auch entlasten, indem Sie Teile ihrer Arbeit auslagern. So sollen Apotheker Gripeschutzimpfungen vornehmen dürfen. Das gefährde die Sicherheit der Patienten, befürchten manche Ärzte. Sehen Sie das anders?

Spahn. Es geht ja darum, zu schauen, wo sind Bereiche, wo entsprechend ausgebildet natürlich, natürlich gehört die Qualifikation dazu, Fachkräfte, Gesundheitsberufe, etwa in der Pflege, etwa eben auch Apotheker, etwa eben auch zum Beispiel operationstechnische Assistenten, Notfallsanitäter, Ärztinnen und Ärzte entlasten können, ohne natürlich in den Kernbereich ärztlichen Tuns auch vorzudringen sozusagen. Aber eine Grippeimpfung in der Apotheke, das gibt es in Europa auch in anderen Ländern. Und wir wollen das erst einmal in Modellregionen auch testen, um dort auch zumindest mal von dieser Frage auch Arztpraxen entlasten zu können oder auch in der Zusammenarbeit eben von ärztlichem Beruf und Pflege auch zu schauen, wie man zu einer Aufgabenverteilung und -zuteilung kommen kann, die den Qualifikationen, den hohen Qualifikationen auch beider Berufe gerecht wird. Also, ich finde es manchmal an der Debatte, das werden wir auf dem Ärztetag in Münster jetzt ja auch wieder erleben, einerseits heißt es nachvollziehbarerweise, es gibt eine sehr starke Belastung und es bräuchte ein Stück Entlastung und Freiräume. Und immer dann, wenn wir konkret schauen, wo wir möglicherweise auch in der Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe die Ärzte entlasten können, im Konkreten wird dann oft dagegen argumentiert. Das ist dann eben auch schwierig.

Theis: Aber wäre es nicht besser, den Arztberuf zu entbürokratisieren und zu deregulieren? Ich glaube, da könnten sich alle darauf einigen.

Spahn: Klar, es geht ja am Ende nicht nur um eine Maßnahme. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass wir an den richtigen Stellen mehr Ärztinnen und Ärzte haben. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass es zu einer besseren Aufgabenteilung, auch kompetenzbezogen im Gesundheitswesen zwischen den Gesundheitsberufen kommt. Aber natürlich geht es auch

darum, von unnötiger Bürokratie und Dokumentation zu entlasten und übrigens auch von unnötigen Behandlungen. Wir haben zum Beispiel in Krankenhäusern - kein Land auf der Welt hat so viele Herzkatheder-Untersuchungen wie Deutschland, wo die Frage sich ja schon stellt, das gilt auch für andere Operationen zum Beispiel, ob da wirklich jede Operation, ob diese hohe Patientenzahl so auch notwendig ist. Jede notwendige Operation und Behandlung soll gemacht werden. Aber wir müssen halt auch noch einmal schauen, ob die Anreize, wie sie heute sind, tatsächlich so sind, dass nicht auch mehr gemacht wird als nötig, und auch das sorgt natürlich für zusätzlichen Stress.

Theis: Das ist ja ein altes Problem. Wäre es nicht besser in Gespräche zu investieren und dafür auch deutlich mehr Anreize zu schaffen?

Spahn: Auch das ist Bestandteil im übrigen des TSVG, des Gesetzes für schnellere Termine und bessere Versorgung, das vor zwei Wochen in Kraft getreten ist, nämlich zu sagen, wir wollen stärker sogenannte „sprechende Medizin“, also die Gesprächssituation fördern und haben gleichzeitig eine Reduktion, relativ sozusagen zu der „sprechenden Medizin“, für technische Behandlungen oder auch einfach nur Laborleistungen vorgesehen. Also das, was immer gefordert wird, etwas mehr das Sprechen fördern, etwas weniger die Apparate, genau das ist in diesem Gesetz auch enthalten. Sie sehen also, dieses TSVG, wie es abgekürzt wird, dieses Gesetz für die Termine, da geht es nicht nur um 25 Stunden.

- Ende Wortlaut -